

Protokoll Nr. 9 (2011-2015)

der Sitzung der Arbeitsgruppe des Regionalausschusses „Bahnlärm“ am 27.05.2013 im Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt

Anwesend waren:

- | | |
|-------------------------------|---|
| a) vom Beirat | Herr Friesen (Burglesum)
Frau Brünjes (Findorff)
Herr Blanke (Huchting)
Frau Dr. Sörgel (Östliche Vorstadt)
Herr Gerke (Woltmershausen) |
| b) von der Bahnlärminitiative | Herr Ruffler |
| c) vom Ortsamt | Herr Höft (Hemelingen)
Frau Lüerssen (Schwachhausen/Vahr) |

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 1: Protokoll vom 19.03.2013

Das Protokoll vom 19.03.2013 wird genehmigt.

TOP 2: Diskussion über den Sachstandsbericht SUBV

Der Bericht der Verwaltung vom 28.03.2013 „Übersicht über die kurz-, mittel- und langfristigen Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken im Land Bremen“ für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) am 11.04.2013 wird diskutiert. Herr Ruffler teilt mit, dass die Bahnlärminitiative hierzu einen Fragenkatalog eingereicht habe. Er hoffe, dass die Fragen noch vor der Sommerpause beantwortet werden.¹

TOP3 Sachstand über die Veranstaltung mit Prof. Dr. Hecht

Die geplante Veranstaltung mit Herrn Prof. Dr. Hecht, auf welcher u. a. über technische Möglichkeiten der Lärmreduzierung, Nachtfahrverbote und Temporeduzierungen diskutiert werden soll, wird voraussichtlich am 22.08.2013 (18:00 Uhr) oder am 26.08.2013 (18:00 Uhr) stattfinden.

TOP 4: Reaktion der Automobilindustrie nach der Anfrage für den Einsatz von lärmärmeren Automobiltransportern

Herr Höft teilt mit, dass er auf seine Anfrage von der VW AG eine Eingangsbestätigung, aber noch keine Antwort erhalten habe. Von der BMW AG und Ford-Werke GmbH lägen ebenfalls noch keine Rückmeldungen vor.

TOP 5: Sachstand hinsichtlich des Güterzugunfalles am Bremer Hauptbahnhof

Es liegen derzeit keine neuen Erkenntnisse vor. Herr Ruffler teilt mit, dass bei der Untersuchungszentrale der Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes die Untersuchungsberichte nach Fertigstellung auf der Website unter http://www.eisenbahn-unfalluntersuchung.de/cln_033/EUB/DE/Home/homepage_node.html?_nnn=true veröffentlicht werden.

TOP 6: Verschiedenes

Antrag „Anmeldung der Strecke Oldenburg-Cloppenburg-Osnabrück als Ausbaustrecke für den Bundesverkehrswegeplan 2015“

Herr Ruffler stellt folgenden Antrag vor:

¹ Beantwortung des Fragenkatalogs der Bremer Bahnlärminitiative aus der Sitzung vom 11.04.2013 siehe unter http://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/BdV_Beantw_d_Fragenkatalogs_d_BIB_71-11_52_22-4_abg+%282%29.pdf

"Der Regionalausschuss "Bahnlärm" der Beiräte fordert den Senat auf, die Anmeldung der Strecke Oldenburg-Cloppenburg-Osnabrück als Ausbaustrecke für den Bundesverkehrswegeplan 2015 durch die niedersächsische Landesregierung zu unterstützen. Die Nutzung dieser Strecke könnte helfen, eine zusätzliche Belastung von bereits jetzt hoch belasteten Wohngebieten durch die erwarteten Jade-Weser-Port-Verkehre zu vermeiden."

Dieser Antrag erfolgt vor dem Hintergrund einer Vorlage für die Senatsitzung am 7.5.2013 zum Thema "Anmeldungen des Landes Bremen zum Bundesverkehrswegeplan 2015", die auch als "Bericht der Verwaltung" am 30.05.2013 in der Umweltdeputation zur Debatte steht (Anlage).

In der Senatsvorlage sind einige Schienenprojekte aufgeführt, die zu einer weiteren Erhöhung des Transits von Güterzügen durch Bremer Wohngebiete führen werden. So soll zur Abfuhr der Jade-Weser-Port-Verkehre ein drittes Gleis von Delmenhorst bis Bremen gelegt werden ("Maßnahme IV: Ertüchtigung der Strecke Delmenhorst - Bremen", S. 5-6), und die Strecken Bremen-Burg bis Güterbahnhof und von Hastedt Richtung Verden sollen ebenfalls dreigleisig ausgebaut werden ("Maßnahme II: Mehrgleisiger Ausbau der Strecke Bremern-Burg - Verden", S. 4-5). Dieser Ausbau ist offenbar von langer Hand geplant, so heißt es auf S. 5: "In Bremen und auch im Landkreis Verden werden seit rund 15 Jahren raumordnerische Verfahren im unmittelbaren Umfeld der Strecke so gelenkt, dass eine ausreichende Fläche parallel zur Strecke verbleibt, die die Verlegung mindestens eines zusätzlichen Gleises erlaubt." In der Senatsvorlage heißt es völlig richtig: "Die hier zum kapazitiven Ausbau angemeldete Relation bildet die Hauptsiedlungsachse Bremens ab" (S. 5). Leider werden aus dieser Erkenntnis keinerlei gesundheitspolitische Konsequenzen gezogen, die steigende Belastung der Bevölkerung durch vermehrte Schallimmissionen wird mit keinem Wort erwähnt, die Bürgerschaftsdebatte vom 13.03.2013 findet in der Vorlage keinerlei Resonanz. Der angemeldete Ausbau der Amerikalinie ("Maßnahme V: Zweigleisiger Ausbau der Strecke Langwedel - Uelzen ("Amerikalinie")", S. 6) umgeht die Kapazitätsengpässe auf der Strecke nach Hannover und in Hannover selbst und wird unter den gegebenen Umständen eine Sogwirkung für Transitgüterverkehre durch Bremen auslösen. Eine Anmeldung von Alternativstrecken oder Güterumgebungsbahnen zur Entlastung von Bremer Wohngebieten findet nicht statt. Der angemeldete Ausbau des EVB-Netzes dient lediglich der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für die erwarteten Zuwächse (S. 4).

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe beschließen, dass der Regionalausschuss am 01.07.2013 tagen soll, um über den von Herrn Ruffler eingebrachten Antrag zu beraten. Herr Höft wird zudem den Antrag auf der Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) am 30.05.2013 zum Tagesordnungspunkt „Anmeldungen des Landes Bremen zum Bundesverkehrswegeplan 2015“ vorstellen und ankündigen, dass der Regionalausschuss wahrscheinlich dem Antrag zustimmen werde.²

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

gez. Höft

gez. Lüerssen

² Nachtrag: Herr Polzin (SUBV) teilte auf der o.g. Deputationssitzung hierzu u.a. mit, dass konkrete Aussagen erst nach Vorlage der Kapazitätsstudie zur Hinterlandsanbindung geäußert werden können. Die Vorlage der Studie werde Ende August erwartet. Herr Polzin hat angeboten, im September 2013 zu einer Sitzung des Regionalausschusses zu kommen, um die Studie vorzustellen und die Schlussfolgerungen für die Entlastungsstrecken zu erläutern. Daher wurde es für sinnvoll erachtet, die Sitzung im **September 2013** stattfinden zu lassen, da dann voraussichtlich alle Informationen vorliegen.